



## **Hauptausschuss**

12. Sitzung (öffentlich)

10. Mai 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 bis 14.20 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)  
Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU)

Stenografen: Otto Schrader (Federführung), Michael Endres

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen**

##### Hier: Gespräch mit Sachverständigen

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/322

Vorlage 13/213

1

Der Ausschuss führt zu der Frage der Notwendigkeit der Novellierung des oben genannten Gesetzes ein Sachverständigengespräch mit:

- Prof. Dr. Martin Morlok (Zuschrift 13/609)
- Dr. Gerald Kretschmer (Zuschrift 13/599)
- Heinz Lanfermann

- 2**     **Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2000**     31

Vorlage 13/643

Nach die oben genannte Vorlage aktualisierenden Berichten von Vertretern des Innenministeriums werden Fragen aus dem Ausschuss beantwortet.

- 3**     **Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen - Aufnahme von Kinderrechten**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/472

Vorlage 13/618

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion kommt der Ausschuss überein, am Weltkindertag, dem 20. September 2001, eine Anhörung zu dem oben genannten Beratungsgegenstand durchzuführen. Die Obleute werden gebeten, in der Sitzung am 13. Juni eine Liste der Anzuhörenden und einen Fragenkatalog vorzulegen.

(Kein Diskussionsprotokoll)

- 4**     **Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik - Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/713

Vorlage 13/652

42

Nach Berichten des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit sowie der Staatskanzlei und einer Diskussion

über den Antrag spricht sich der Ausschuss für eine Fortführung der Beratungen nach Möglichkeit in Anwesenheit des Ministerpräsidenten oder des Chefs der Staatskanzlei aus.

**5 Gesetz zu dem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein - K.d.ö.R. -, dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe - K.d.ö.R. - und der Synagogen-Gemeinde Köln - K.d.ö.R. -**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/1038

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf einstimmig an.

(Kein Diskussionsprotokoll)

\* \* \*



Nichtzulassung beim Oberverwaltungsgericht in Münster vor. Im parlamentarischen Kontrollgremium werde man gern Details zur Beobachtungsbedürftigkeit vortragen.

**MR Lungen (IM)** führt, an Abgeordneten Dr. Klose gerichtet, an, in der Tat werde gegenüber dem Verfassungsschutz der Vorwurf erhoben, man schränke die Meinungsfreiheit oder die Pressefreiheit unzulässigerweise ein. Das gelte insbesondere auch für die Anhänger der "Jungen Freiheit". Von diesen habe es im letzten Jahr eine regelrechte Kampagne gegen den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz gegeben, der von durchaus hochrangigen Persönlichkeiten unterstützt worden sei.

Die "Junge Freiheit" sei finanziell gesehen nicht auf Rosen gebettet, was schon an deren häufigen Bettelbriefen zu erkennen sei. Andererseits gelinge es ihr immer wieder, an Spenden in nicht unerheblichem Umfang zu gelangen.

Der Kreis derjenigen, die die "Junge Freiheit" unterstützten, bestehe zu einem großen Teil aus Akademikern. Dass diese der "Jungen Freiheit" auch Spenden zukommen ließen, sei stark zu vermuten.

**Ministerialrat Schnieder (Innenministerium)** berichtet zur PDS, dass deren Mitgliederzahl von 94.000 auf 88.000 gesunken sei, was maßgeblich auf die Überalterung der Partei zurückzuführen sei. Dieser Prozess werde sich in den nächsten Jahren in ähnlichem Ausmaß fortsetzen.

Im Westen könne die PDS mitgliedermäßig Jahr für Jahr leicht zulegen und habe inzwischen eine Mitgliederzahl von etwa 4.000 erreicht. In Nordrhein-Westfalen habe es auch einen leichten Schub von 1.000 auf 1.300 gegeben. Das lasse sich im Wesentlichen mit den Kommunalwahlen im Jahre 1999 und der Landtagswahl im Folgejahr erklären. In den Wahlkämpfen sei die PDS in der Öffentlichkeit präsent gewesen und habe 1999 auch Mandate in den Räten errungen und dadurch etwas Fuß fassen können. In ihrem Wahlkampf habe sie sich auf Hochschulen und soziale Brennpunkte konzentriert; dabei habe sie auch neue Mitglieder gewinnen können.

Was die Finanzierung der PDS angehe, so verfüge der Verfassungsschutz über keinen umfassenden Überblick, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen sei, dass man an die PDS sehr zurückhaltend herangehe. Neben den Mitgliedsbeiträgen gebe es bei der PDS einen internen Finanzausgleich, bei dem die reicheren Landesverbände an die ärmeren etwas abgäben.

**Zu Tagesordnungspunkt 3 - Stichwort "Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung" - siehe Beschlussteil, Seite II.**